Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die nächstfolgende eingesandte Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 178. **Mittwoch** den 27. Juni 1883. **77. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Herstellung verschiedener Trottoirübergänge in einigen Straßen der inneren Stadt und der Vorstädte soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Trottoir-Uebergänge"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 29. Juni dss. Js. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 25. Juni 1883.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

In unserer Verwahrung befindet sich
ein breiter, glatter, goldener Ring mit Granatanfsatz und Perlen,
welcher am 2. vor. Mts. zu einem hiesigen Pfandleiher gebracht und von dem Menschen, welcher den Versatz hat bewirken wollen, in den Händen des Pfandleihers, als dieser den Ueberbringer nach einer Legitimation gefragt hat, zurückgelassen worden ist.

Da der Ring nicht auf ehrliche Weise in den Besitz des fragl. Menschen gekommen zu sein scheint, so wird der unbekannte Eigenthümer des Ringes ersucht, sich ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zu melden.

Leipzig, am 25. Juni 1883.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. K.

Bekanntmachung.

Erstatteter Anzeige zufolge ist das für den Kellner **Wilhelm Richter** aus Dessau unterm 19.6. 1879 vom unterzeichneten Polizei-Amte ausgestellte Dienstbuch verloren gegangen.

Wir bitten um Auffindungsfalle um schleunige Ablieferung dieses Buches.

Leipzig, den 24. Juni 1883.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. S.

Freiwillige Versteigerung.

Von dem unterzeichneten Königlichen Amtsgerichte soll
den 29. Juni 1883
auf Antrag des Frauen **Magdalenen Dorotheen verehel. Schenk geb. Gnüge** in **Plagwitz** und den Kaufmann Herrn **Johann Heinrich Gustav Gnüge** in **Plagwitz** zugehörige, **daselbst an der Lindenauer Straße unter Nr. 10** gelegene Grundstück, Nr. 16 des Brandcatasters, Nr. 83 des Flurbuchs und **Folium 33** des Grund- und Hypothekenbuches **für Plagwitz**, welches Grundstück am 11. Juni 1883 ohne Berücksichtigung der Lasten auf
14,460 Mark
gewürdert worden ist, unter den in der Gerichtsschreiberei des königlichen Amtsgerichts Leipzig, Abtheilung II, ausliegenden Bedingungen an hiesiger Amtsstelle **freiwilligerweise** versteigert werden.

Leipzig, am 12. Juni 1883.

Königl. Amtsgericht daselbst, Abtheilung II.
Steinberger.

Nichtamtlicher Theil.

Die Freiconservativen und die preußische kirchenpolitische Vorlage.

Wenn Schadenfreude nicht in der Politik ebenso wie im gewöhnlichen Leben ein unedles Gefühl wäre, so hätten wir allen Anlaß, sie den Freiconservativen gegenüber in diesem Augenblick zu äußern. Mit vornehmem Naserümpfen, vom Piedestal der Selbstgenügsamkeit herab, hatte das freiconservative Parteiorgan die Nationalliberalen anläßlich des Rücktritts des Herrn von Bennigsen behandelt, in unfehlbarem Docententon hatte die „Post" unseren Freunden eine Vorlesung gehalten über die Aufgaben und die fruchtbringende Arbeit der Mittelparteien, mit Ueberhebung hatte es über die Meinungsverschiedenheiten geurtheilt, welche über die Behandlung der kirchenpolitischen Vorlage angeblich innerhalb der nationalliberalen Partei vorhanden waren. Jetzt erfährt die erstaunte Welt, daß dieselben Meinungsverschiedenheiten, aber in erheblich stärkerem Maße, im Schooße der freiconservativen Partei vorhanden sind und daß sie dort leicht zu Krisen führen können, der Bestand der gesammten Fraction zu gefährden.

Es ist begreiflich, daß die freiconservative Parteipresse über solche Zwistigkeiten vollständig geschwiegen hat, man bringt die wunden Stellen der Partei nicht ohne Noth zur Kenntniß der Gegner, man giebt die Schwächen der irrenden Freunde nicht gern der Kritik des Marktes preis. Man kann es auch verstehen, wenn erst die officiösen Organe diese Vorgänge zur öffentlichen Kenntniß bringen, nachdem die gouvernementalen Elemente innerhalb der Fraction den Sieg davongetragen haben, aber absolut unverständlich ist die darauf erfolgte officielle Kundgebung des Fractionsvorstandes der Freiconservativen, welche sich darauf beschränkt, zu erklären, die Darstellung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sei „im Wesentlichen" falsch. Unwillkürlich werden auch Diejenigen, welche sonst von der Wahrheitsliebe der Officiösen nicht allzu hoch denken, diese Erklärung etwas zweifelnd aufnehmen, denn die Hintermänner des „freiwillig-gouvernementalen" Blattes pflegen über die inneren Vorgänge in den conservativen Parteien durch persönlich nahestehende Agcordnete stets gut unterrichtet zu sein. Der Begriff Dessen, was „wesentlich" ist, ist bei den verschiedenen Standpunkten ein relativer, besonders aber muß es befremden, daß man von freiconservativer Seite nicht sofort das „wesentlich" Richtige mittheilt. Man führt zwar dafür als Erklärung an, über die Vorgänge innerhalb der Fraction sei das Fractionsgeheimniß proclamirt worden, welches auch der Vorstand nicht eigenmächtig verletzen könne, die Informationen der „Norddeutschen" seien die Folgen einer nicht zu rechtfertigenden Indiscretion. Indessen bei einer so wichtigen Angelegenheit hätte wohl bis jetzt schon ein Fractionsbeschluß herbeigeführt sein können.

Welche Berichtigungen der officiösen Kundgebung aber auch immer noch erfolgen mögen, Das steht fest, daß innerhalb der freiconservativen Partei eine Minorität der älteren Mitglieder besteht, welche ihre aus Ueberzeugung abgegebene Billigung der Falk'schen Kirchengesetzgebung nicht aus diplomatischen Rücksichten jetzt zurücknehmen will, welche die Politik des Centrums und der Curie heute noch genau für so schädlich für Kaiser und Reich erachtet, wie zu der Zeit, als auch Fürst Bismarck mit der gleichen Losung in den kirchenpolitischen Kampf eintrat. Dieser Minorität steht eine Majorität, meist aus höheren Regierungsbeamten bestehend, gegenüber, welche unter der Führung des Grafen Wilhelm Bismarck die unbedingte „Gouvernementalität", den Wechsel der Tactik nach dem Willen der Regierung, auf ihre Fahne geschrieben hat. Bei dieser Sachlage sind natürlich Conflicte unausbleiblich und die kirchenpolitischen Principienfragen haben einen solchen hervorgerufen. Die Folgen desselben sind für diesen Augenblick noch nicht abzusehen. Man glaubt jedoch nicht, daß es gegenwärtig zu einer Secession innerhalb der freiconservativen Partei kommen werde, sondern man macht sich eher darauf gefaßt, daß eine Anzahl von älteren Mitgliedern der Minorität, dem Beispiele des Grafen Bethusy-Huc folgend, ihre Mandate niederlegen werde. Für das Verhältniß der beiden Mittelparteien, der nationalliberalen und freiconservativen, zu einander wäre ein solches Vorgehen gewiß nicht förderlich. Unsere Freunde hatten viel mehr Berührungspuncte mit jenen gemäßigten Conservativen, welche wenigstens eine freisinnige Kirchenpolitik trieben, nöthigenfalls auch in Widerspruch mit der Regierung, als mit jenen Elementen, welche nur ihre unbedingte Regierungsfreundlichkeit von den äußersten Rückschrittlern unterscheidet und welche auch bei der jetzigen kirchenpolitischen Vorlage wieder die Geschäfte der conservativ-klerikalen Allianz führen.

Es wird jedenfalls schwierig sein, das alte Verhältniß durch die selbstständigere und liberalen Gedanken zugänglichere Minorität aufrecht zu erhalten. Wir können es den Herren nicht verdenken, wenn sie neben den mühevollen Leistungen im öffentlichen Interesse nicht auch noch die Angriffe des ganzen officiösen Chorus, für welchen die Publication der „Norddeutschen" das Alarmzeichen war, auf die Dauer ertragen wollen. Das Eine erhellt für jeden Unbefangenen: es ist abermals eine große Concession für die Politik des Herrn Windthorst, daß die Regierungspresse in sein Horn stößt und die freiconservativen „Culturpauker", „welche die Fortsetzung des Culturkampfes auf ihre Fahne geschrieben haben", angreift. — Die Mittelparteien werden durch die Schuld der Regierung von der Reaction und dem Ultramontanismus einerseits, von dem Radicalismus andererseits immer mehr zerrieben. Ob zum Vortheil des deutschen Vaterlandes, das wird die Zukunft lehren, in welche wir nur mit Besorgniß blicken können.

Leipzig, 27. Juni 1883.

* Herr von Bennigsen hat an den Vorstand der nationalliberalen Partei das nachfolgende Schreiben gerichtet:

Hannover, im Juni 1883.

Hochgeehrte Herren und Freunde!

Die so anerkennenden und freundlichen Worte, welche Sie an mich im Namen und Auftrage der nationalliberalen Fractionen des Reichstages und Abgeordnetenhauses richteten, haben in mir Gefühle des lebhaftesten Dankes erweckt. Zugleich führen dieselben mir immer wieder von Neuem das Schwere und Schmerzliche meines Entschlusses des Austrittes aus den Parlamenten vor die Seele. Seit einer langen Reihe von Jahren mit Ihnen menschlich und politisch in Freud und Leid, in angestrengter und vielfach erfolgreicher Arbeit für die nationale und freiheitliche Entwickelung unseres Vaterlandes während einer Zeit großer Umgestaltung aller Verhältnisse verbunden, empfinde ich schwer das Aufhören unserer gemeinsamen Thätigkeit. Wohl war dieselbe — auch abgesehen von den in den letzten Monaten unvermeidlich ineinandergreifenden gleichzeitigen Sitzungen des Reichstages und Abgeordnetenhauses — mit mancherlei Hindernissen und Opfern für fast einen Jeden von uns verbunden. Schon seit Jahren habe ich gefühlt, daß ich weder im Reichstage, noch im Abgeordnetenhause, noch in meiner umfassenden und verantwortlichen Wirksamkeit an der Spitze der provinzialständischen Verwaltung in der Lage war, meine Pflicht vollständig so zu erfüllen, wie ich es wünschen mußte. Alles Das blieb, wenn auch schwer erträglich, so lange für mich die Möglichkeit einer erfolgreichen Thätigkeit für unser Land und für unsere gemeinsamen politischen Aufgaben vorhanden war. In den letzten Jahren und insbesondere in diesem Frühjahre habe ich mich leider aber immer stärker davon überzeugen müssen, daß die eingetretene Entwickelung unserer inneren politischen Zustände, die steigende Verbitterung der Parteien, der immer schärfer auftretende Gegensatz zwischen der Reichsregierung und dem Parlamente, die Spaltung unter den Liberalen in wichtigen, selbst entscheidenden Fragen für mich zur Zeit eine auch nur einigermaßen nützliche und erfolgreiche Thätigkeit im Sinne einer versöhnlichen und ausgleichenden Politik nicht mehr ausführbar erscheinen lassen. Nach meiner ganzen Natur und politischen Vergangenheit tief davon durchdrungen, daß für unser neues deutsches Reich nichts gefährlicher sein muß, als das Hervorkehren des seit 1867 kaum mehr empfundenen Gegensatzes zwischen der berechtigten Stellung der Monarchie und der Parlamente, ein immer stärker die Extreme zur Geltung bringender, hohnsprühender, leidenschaftlicher, mit persönlicher Bitterkeit geführten Streit der Parteien, welche doch darauf angewiesen sind, mit einander auf dem gemeinsamen Boden des Vaterlandes zu leben, habe ich nach schweren inneren Kämpfen zur Zeit einer Wirksamkeitserstarrung, welche, körperlich und geistig aufreibend, für mich eine Befriedigung nicht mehr gewährte, und dem öffentlichen Wohle und meinen politischen Freunden einen irgendwie erheblichen Nutzen nicht versprechen konnte.

Seien Sie überzeugt, daß in den Tagen der Muße und Sammlung, welche jetzt für mich kommen, mir stets in dankbarer und lebendiger Erinnerung die vielen Jahre gemeinschaftlichen politischen Wirkens stehen werden, welche mich mit Ihnen so eng verknüpft haben und auch in Zukunft verbunden halten werden. Die wohlwollenden und ehrenden Worte, welche Sie mir zugesendet haben, gewähren mir zugleich die mich erfreuende Ueberzeugung, daß Sie nicht minder Werth darauf legen, daß trotz meines Ausscheidens aus den Parlamenten die nahen freundschaftlichen und politischen Beziehungen unter uns dauernd erhalten bleiben.

Ihr
R. v. Bennigsen.

* Ueber die durch die Annahme der kirchenpolitischen Vorlage geschaffene Lage schreibt die „Nationalliberale Correspondenz": „Das Kirchengesetz ist heute mit der conservativ-klerikalen Mehrheit, bereichert noch durch etliche Freiconservative und Fortschrittsmänner, in dritter Lesung definitiv im Abgeordnetenhause angenommen worden; Widerspruch vom Herrenhause ist so wenig wie von der Regierung zu erwarten und das neue Gesetz ist sonach bereits so gut wie fertig. Wir haben oft genug ausgeführt, daß und warum wir dies Gesetz für einen Fehler und für ein Unglück halten. Es ist weniger der sachliche Inhalt der einzelnen Artikel, was wir beklagen, soviel wir auch hiergegen einzuwenden haben, als das Wiederaufleben und die Steigerung der ultramontanen Bewegung, die wir als eine Folge der ganzen Situation und einer durch nichts gerechtfertigten und durch nichts erwiderten Nachgiebigkeit des Staats voraussehen müssen. Wenn das vorliegende Gesetz den Friedensschluß besiegeln würde, könnte man es sich vielleicht gefallen lassen, allein die Ultramontanen haben ja nicht im Geringsten ein Hehl daraus gemacht, daß sie in dem nunmehr Erreichten nur die Aufforderung und Ermuthigung zu weiterem Kampf gegen die ganze neuere kirchenpolitische Gesetzgebung erblicken. Und wer möchte angesichts der ganzen Sachlage und der herrschenden parlamentarischen Constellation daran zweifeln, daß dies nicht der letzte Erfolg der Ultramontanen gewesen? Wir werden voraussichtlich von Session zu Session neue Kirchenvorlagen zu erwarten haben; ein Stein um den andern aus dem Bollwerk der Maigesetzgebung wird abgebröckelt werden, eine Schutzwehr um die andere gegen hierarchische Uebergriffe und Herrschsucht wird verschwinden. Und in der Voraussicht dieses fortschreitenden Zerstörungsprocesses, den erfolgreich aufzuhalten die Liberalen nicht die Kraft und die Macht und theilweise nicht einmal den Willen besitzen, möchte man fast wünschen, daß ein rasches Ende gemacht wird. Die Ultramontanen sind heute voll hellen Jubels und haben alle Ursache dazu. An den Consequenzen der jetzigen Situation werden wir noch lange zu tragen haben."

* Aus Berlin wird officiös geschrieben: „Die von Londoner Blättern gebrachte Nachricht, welche den Kaiser von Rußland nach Ems reisen läßt, um dort unsern Kaiser zu begrüßen und dann eine Zusammenkunft mit dem Kaiser von Oesterreich zu haben, erweist sich als eine leere Erfindung. Hier ist nichts davon bekannt, und man versichert, daß von solchen oder ähnlichen Dingen nicht einmal die Rede gewesen sei. Außer der Begegnung der Kaiser von Deutschland und Oesterreich während der Badecur des Kaisers Wilhelm in Gastein ist von Monarchenbegegnungen in letzter Zeit nicht gesprochen worden. In diplomatischen Kreisen wird allerdings eine Zusammenkunft des Kaisers von Oesterreich mit dem König von Italien, welche bekanntlich seit längerer Zeit geplant ist, im Laufe dieses Jahres für möglich gehalten, doch steht auch darüber noch gar nichts fest."

* Der Wortlaut der lateinischen Ansprache des päpstlichen Nuntius zur Moskauer Kaiserkrönung, Mgr. Bannutelli, an den Zaren wird jetzt vom „Moniteur de Rome" veröffentlicht. Die politisch interessanteste Stelle lautet: „Da dem Papste fürwahr nichts angenehmer und erwünschter sein kann, als daß zwischen dem apostolischen Stuhl und der Regierung Ew. Majestät feste und dauerhafte Eintracht herrsche, zum Besten der katholischen Heerde, die von den Grenzen des kaiserlichen Reiches umfaßt wird, so fleht er auch inbrünstig zu Gott, daß die neulich in der ewigen Stadt als Grundlage und Sicherung der Zukunft derselben vereinbarten und bestätigten Abmachungen unter der Herrschaft Ew. Majestät sich glücklich und gedeihlich entwickeln mögen, da er sicher ist, daß, wenn die Eintracht mit dem apostolischen Stuhle sich von Tag zu Tag immer mehr befestigt, Ew. Majestät und die Ihr unterstehenden Völker davon die herrlichsten Früchte ernten werden." Dem „Moniteur" zufolge hat der päpstliche Gesandte aus seiner Audienz bei Alexander III. die Ueberzeugung gewonnen, daß das nach langer Unterbrechung wiederhergestellte Einvernehmen zwischen der Curie und der russischen Regierung sich immer fester und fruchtbringender erweisen werde. Ob jedoch die beiderseitige Stellung zum polnischen Katholicismus nicht über kurz oder lang wieder störend in die neue Entente eingreifen werde, ist jedenfalls unsicher.

* Der türkische Minister des Auswärtigen hat dieser Tage im Gespräche mit einem der fremden Botschafter auf das Entschiedenste gegen die Einmischung der Mächte in die inneren Angelegenheiten der Türkei protestirt, da dadurch die bedauernswerthesten Folgen hervorgerufen und die Unordnung und Verwirrung vermehrt würden. Die Situation in Albanien sei ein Beispiel davon. Europa, mit England an der Spitze, bestand in diesem Falle auf einer Vergrößerung Montenegros und bekundete damit eine geringe Kenntniß der Gefühle der verschiedenen Nationalitäten. England namentlich leide an einer Manie, Reformen in der Türkei zu erzwingen, die sich selbst im westlichen Europa als undurchführbar erweisen würden.

* Nach dem „N. W. T." lautet die Adresse, welche die katholischen Bergstämme der Malissoren in Albanien dem österreichischen Generalconsul in Scutari übergeben haben, folgendermaßen:

Erhabener Kaiser, großmächtigster Monarch! Dich, der Du „der Gerechte" genannt wirst unter den vielen Völkern, die Du beherrschest, Dich rufen wir an um Gerechtigkeit, Gnade und Hilfe, wir, die Latiner-Skipetaren, die da vereinigt sind seit 503 Jahren im Kampf für das Evangelium gegen den Islam. Groß ist unsere Noth, Erhabener Herr, denn der Türke und der Griche (soll heißen der griechisch-katholische Christ) bedrängen uns hart. Wir haben durch Jahrhunderte dem Sultan treu gedient und ihm alle ordentliche Unterthanen reichlich Das gegeben, was er rechtlich verlangt. Und jetzt bedroht uns, überzieht uns der Padischah mit Krieg, er tödtet unsere Kinder, er verbrennt unsere Häuser, er zertritt unsere Saaten, er plündert uns schwer, ohne daß wir gefehlt haben. Er behandelt uns wie Rebellen und wir sind doch keine Rebellen; wir wollten ja ihm angehören, er aber verkauft uns mit Land und Leben an den Griechen, an den Cyrenaogzen, denen wir nicht angehören wollen und der uns Feind ist. Und darum, o Herr, der Du in Gerechtigkeit herrschest über Christen und Griechen, über Moslim und Andere, der Du dem Zigeuner selbst sein Recht gewährest, darum flehen wir Dich an und werfen uns zu Deinen Füßen, erhöre uns, verschließe nicht Dein Ohr und lasse nicht geschehen an uns jenes Unrecht, das man beabsichtigt. Neige Deines Herrscherstab und nimm uns auf, Du, dessen Gnade wir schon so viel verdanken, der uns Priester, uns zu erleuchten, gesendet und der unseren Hunger so oft gestillt hat; verlasse uns nicht, o Herr! Dir werfen wir uns zu Füßen und Dir wollen wir Treue halten, weil wir wissen, daß Du ein gnädiger Herr bist und Du nur ein Wort zu sprechen brauchst, damit wir erlöst werden. Weil wir wissen, daß Du uns bewahren wirst, so es Dir gefällt, vor der Wuth des Türken und der Habgier des Griechen und Cyrenaogzen, darum Herr, nimm uns auf in Dein ruhmvolles Reich, Oesterreich-Ungarn, oder gewähre uns Hilfe. Alle stehen zu Dir die lateinischen Stämme der Kastrati, Klementi, Hotti und Kroßnice. Der Bannerherr.

Es genügt, hinzuzufügen, daß diese Adresse im Lager von Tuzi mit Beihilfe von katholischen Geistlichen abgefaßt worden ist.

* In Bezug auf die armenische Frage wird den „Daily News" aus Varna vom 22. d. telegraphirt, daß die Pforte, den Vorstellungen Englands und Deutschlands nachgebend, einen Bericht über die in Armenien einzuführenden Reformen ausgearbeitet habe, in welchem u. A. nachstehende Vorschläge gemacht werden: „Entsprechend der Zahl eingeborener Armenier sollen armenische Beamte angestellt, in demselben Verhältniß auch Vertreter der anderen in Armenien wohnenden Volksstämme in den Verwaltungs- und Justizdienst berufen werden; die Polizei- und Gendarmerie muß von Grund aus reorganisirt werden; gerechte Vertheilung der Steuern ohne Benachtheiligung der Staatseinkünfte." — So lange die Pforte zögert, die noch der Erledigung harrenden, der Türkei durch den Berliner Vertrag auferlegten Verbindlichkeiten zu erfüllen, darf sie nicht darauf rechnen, daß die Mächte mit besonderem Nachdruck die Erfüllung der zu Gunsten der Türkei stipulirten, aber noch nicht durchgeführten Artikel des Vertrages fordern. Auf ein derartiges Gesuch haben, wie Said Pascha, der türkische Botschafter in Berlin, meldet, Fürst Bismarck und die übrigen Vertreter der Mächte ablehnend geantwortet mit dem Hinweis, daß die Pforte erst ihren Verpflichtungen nachkommen müsse, ehe nach der anderen Seite hin Vorstellungen gemacht werden könnten.

* Man erinnert sich wohl noch der seiner Zeit von den französischen Journalen in gehässigster Form inscenirten Deutschenhetze, welche damit motivirt wurde, daß seit langen Jahren gefälschte Chininpräparate, welche aus deutschen Fabriken stammen sollten, in den Pariser Hospitälern Verwendung gefunden hätten, natürlich zum Nachtheil der betreffenden Patienten. Deutscherseits wurde zwar Zug um Zug der Beschuldigung entgegengetreten und ihre völlige Grundlosigkeit nachgewiesen, dennoch wollen wir nicht unterlassen, auf eine in einigen Pariser Sonnabendblättern an ganz versteckter Stelle untergebrachte Notiz hinzuweisen, welche aufs Deutlichste bekundet, daß nur bewußte Perfidie den deutschen Fabrikanten den oben erwähnten Vorwurf machen konnte. Thatsache ist nämlich, daß die achte Kammer des Pariser Criminalgerichts soeben den Droguisten Lacombe, welchem die Chininlieferungen für die Pariser Hospitäler übertragen waren, zu einjährigem Gefängniß wegen betrügerischer Lieferung einer gänzlich nutzlosen und sogar schädlichen Substanz, des Cinchonidin, verurtheilt hat.

* Zu dem Proceß gegen Luise Michel wird der „Kölnischen Zeitung" aus Paris vom 24. d. M. geschrieben:

Das Urtheil, welches das Pariser Schwurgericht heute gegen Luise Michel erließ, hat Aufsehen gemacht; im Allgemeinen ist man der Ansicht, daß die Geschworenen Politik getrieben haben. Der Schluß der gestrigen letzten Verhandlung war ziemlich stürmisch. Als die Vertheidigungsrede beendet waren, ergriff die Staatsbehörde nochmals das Wort, um die Behauptung aufrecht zu erhalten, daß der Proceß keineswegs ein politischer sei, sondern daß es sich einzig um gemeine Verbrechen und Vergehen handle. Der Präsident fragt dann die Angeklagten, ob sie noch etwas zu sagen hätten. Luise Michel erhob sich und sagte: „Der Generaladvocat behauptet, daß ich die erste der Angeklagten bin. Da dem so ist, so muß ich allein zurückbehalten werden. Die anderen hätten deshalb nicht verfolgt werden dürfen; sie müssen freigegeben werden, da ich sie fanatisirt habe. Ja! ich nehme die Rolle einer ersten Angeklagten an. Seit langer Zeit habe ich meine Person zum Opfer gebracht. Aber ich wiederhole, daß ich eine politische Angeklagte bin. Der Proceß ist, was der Generaladvocat auch sagen mag, ein politischer, wird ein politischer. Dies werden die Geschworenen nicht aus dem Auge verlieren. Was will ich? Die Revolution! denn sie wird das Elend vertreiben. Die Revolution! Aber Sie wissen ja schon, daß sie unvermeidlich ist! Ich rufe sie mit allen meinen Wünschen herbei; möchte sie nur bald kommen!" Martinet, Enfroy und Frau Bouillet betheuern, daß die gegen sie erhobene Anklage unbegründet sei, worauf sich die Geschworenen zur Berathung zurückziehen. Die Menge im Saal war in großer Erregung, als die Geschworenen wieder erschienen. Denselben waren 35 Fragen gestellt worden. Ihr Spruch ist verneinend für Marouil, Enfroy, Martinet und Frau Bouillet, bejahend für Luise Michel, Pouget und Moreau, läßt hier aber mildernde Umstände zu. (Murren unter der Menge.) Präsident: Ich fordere das Publicum auf, das tiefste Schweigen zu beobachten. Trotzdem, lassen Sie Marouil (er ist der einzige der Freigesprochenen, welcher in Haft war) eintreten. Marouil erscheint. Der Gerichtshof spricht die Freisprechung von Enfroy, der Frau Bouillet, Martinet und Marouil aus und bestätigt die sofortige Freilassung des Letzteren. Die Verurtheilten, Luise Michel, Pouget und Moreau, werden hierauf eingeführt; der Präsident theilt ihnen den Spruch der Geschworenen mit und fragte sie, ob sie noch Bemerkungen zu machen haben. Die beiden ersteren antworten mit Nein; Moreau bemerkt: „Ich habe zu sagen, daß ich seit sechs Jahren von einer Bande Anarchisten ausgebeutet werde und ich werde es immer sein!" Der Gerichtshof zieht sich zur Berathung zurück, die ungefähr eine halbe Stunde dauert, und verkündet das Urtheil, welches Thiers und Corpet (in contumaciam) zu 2 Jahren Gefängniß und 300 Frcs. Geldstrafe; Luise Michel zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren polizeilicher Ueberwachung, Pouget zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren polizeilicher Ueberwachung und Moreau zu 1 Jahr Gefängniß und 100 Frcs. Geldstrafe verurtheilt. Starkes Murren im Saale bei Verkündigung des Urtheils gegen Luise Michel und Pouget. Besonders erregt ist die Gruppe der Advocaten, von denen ein großer Theil das Urtheil laut mißbilligt. Präsident (zu den Angeklagten): Sie haben drei Tage, um Berufung einzulegen. Luise Michel: Niemals, mein Herr! Sie haben sich um die Richter des Kaiserreichs zu sehr verdient gemacht, als daß ich Berufung einlegen könnte!" Die beiden andern Verurtheilten schweigen. Von vielen Seiten ertönen nun die Rufe: „Es lebe Luise Michel!" Die Frauen schwingen ihre Taschentücher und die Verurtheilten grüßen ihre Freunde, bis sie endlich aus dem Gerichtssaale verschwunden sind. Vor dem Justizpalaste hatte sich eine ziemlich große Menge angesammelt, die Hochrufe auf Luise Michel und die Commune ausbrachten. Sie wurde aber von der Polizei schnell auseinander getrieben. Luise Michel wird gestern Abend nach dem Gefängniß von Saint-Lazare gebracht. Der „Intransigeant" versichert, sie sei durchaus ruhigen Gemüths und das Urtheil, das sie betroffen, habe auf sie keinen Eindruck gemacht.

* Präsident Grévy ist in kirchlichen Fragen nicht so schlimm wie seine Minister und die Mehrzahl seiner Landsleute; er weiß die Freundschaft mit der Curie auch zu schätzen, weil sie der Zukunftspolitik der heimgesuchten Nation gute Dienste leistet und in den fremden Welttheilen für französischen Einfluß Propaganda macht. Der Papst aber kennt seine Leute und verwendet deshalb Grévy mit Erfolg gegen Ferry. Anfangs wollte Grévy correct das Schreiben als Privatsache behandeln, aber schließlich hat er doch den Ministerrath daran betheiligt und veranlaßt, daß Ferry pater peccavi bekennt und in der Form zu Kreuze kriecht, wenn er auch in der Sache selbst conservativisch bleiben muß, so lange die Mehrheit der Deputirtenkammer weder die Bußfahrt nach Canossa noch die Trennung der Kirche vom Staate beschließen will und die Stimmung im Lande antiklerikal bleibt. Daß der Papst von oben herab in die Politik einzugreifen und Gesetze sich zu verbitten wagt, die in Frankreich längst erheischt wurden, beweist, wie gering er diese dritte Republik und ihren Präsidenten, dem er auf italienisch schreibt, was dieser sich erst übersetzen lassen muß,